

# Plenarprotokoll

117. Sitzung

Mittwoch, 27. April 2016

---

**Keine Fischereiverbote in den Schutzgebieten der AWZ ..... 9758**

Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache 18/4070

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/4000/drucksache-18-4070.pdf>

**Keine Fischereiverbote in den Schutzgebieten der AWZ - Zielgenaue  
Maßnahmen statt Pauschalverbote ..... 9758**

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der  
Abgeordneten des SSW

Drucksache 18/4131

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/4100/drucksache-18-4131.pdf>

---

**Angelika Beer [PIRATEN] ..... 9762**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Heute Morgen haben wir hier sehr positiv über die Novelle des Landesnaturschutzgesetzes debattiert, und jetzt sollen wir den Naturschutz in den Schutzgebieten in der Nord- und Ostsee wieder einschränken. Das passt aus unserer Sicht nicht zusammen.

Es gab und gibt politische und ökologische Gründe, dass diese **Schutzgebiete** vor rund 15 Jahren angemeldet und 2007 ausgewiesen wurden. Lieber Kollege Kumbartzky, diese Schutzgebiete wurden zum Schutz von Meeressäugtieren, Seevögeln, Jungfischen und laichstarken Altfischen eingerichtet. Es sollen nicht nur Lebensräume wie Sandbänke und Riffe, sondern auch für die Fischerei wichtige Laichgründe und - lassen Sie es mich so sagen - sogenannte Kinderstuben geschützt werden.

Diese Schutzgebiete haben auch einen ökonomischen Vorteil, da sich die Fische aus diesen Gebieten in die umgebenden Meeresbereiche, in denen weiterhin gefischt werden darf, ausbreiten. Die Forderung einiger Interessenverbände, dass

die Verbote ausgesetzt werden sollen, bis genaue Erkenntnisse über die durch die Fischerei verursachten Umweltschäden vorliegen, lehnen wir PIRATEN ab.

Liebe Kollegen, Deutschland hat diese Schutzgebiete angemeldet und hat mehr als sechs Jahre Zeit gehabt, die entsprechende Regelung umzusetzen. Dass die Bundesregierung erst jetzt aktiv wird, hat auch damit zu tun, dass die Europäische Kommission ein **Vertragsverletzungsverfahren** gegen Deutschland eingeleitet hat. Dies war notwendig - daran sollten sich die Oppositionsfraktionen erinnern -, weil der ehemalige Bundesumweltminister Altmaier in dieser Angelegenheit in den letzten Jahren Vogelstraußpolitik betrieben hat: den Kopf in den Sand stecken und hoffen, dass es niemand merkt. Jetzt muss Ministerin Hendricks handeln.

Lieber Oliver Kumbartzky, dass sich einige Landespolitiker mehr Sorgen um die Wettbewerbsfähigkeit als um den Naturschutz machen, zeigt deutlich, dass Sie hier falsche Prioritäten setzen und verfolgen.

Der heute eingereichte Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen beinhaltet alle notwendigen Elemente. Deswegen beantragen auch wir Abstimmung in der Sache. Wir werden dem Änderungsantrag zustimmen und den Antrag der FDP ablehnen.

-----

**Beschluss:** ..... 9765  
1. Ablehnung des Antrags Drucksache 18/4070  
2. Annahme des für selbstständig erklärten Änderungsantrags Drucksache 18/4131.  
.....9765

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es ist beantragt worden, über die Anträge in der Sache abzustimmen.

Ich schlage vor, abweichend von der Geschäftsordnung den vorliegenden Änderungsantrag zu einem selbstständigen Antrag zu erklären. – Widerspruch sehe ich nicht, dann werden wir so verfahren.

Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/4070, abstimmen. Wer dem FDP-Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen.

- Das sind die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion. Gegenstimmen?
- Das sind alle anderen Fraktionen und die Abgeordneten des SSW. - Dann ist dieser Antrag gegen die Stimmen der anderen Fraktionen und des SSW abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/4131, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen.

- Gegenstimmen? – Enthaltungen sehe ich nicht. Dann ist der Antrag mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Stimmen der Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN und des SSW angenommen. - Vielen Dank.

---

### Klares Votum gegen ganzjährige Fischfangverbote

<http://www.landtag.ltsh.de/plenumonline/archiv/wp18/42/debatten/21.html>

Der Landtag protestiert gegen die Pläne der Bundesregierung, zum Schutz bedrohter Tierarten in großen Teilen der Ausschließlichen Wirtschaftszonen (AWZ) in der Nordsee ganzjährige Fangverbote für Berufsfischer und Angler zu erlassen. Die Natur werde dadurch nicht über Gebühr belastet, aber die Fischerei und der Tourismus unangemessen eingeschränkt.

SPD, Grüne, Piraten und SSW sahen das im Grundsatz genauso. Sie lehnten aber einen FDP-Antrag mit der Forderung, sich auf Bundesebene gegen „großflächige Fischereiverbote“ einzusetzen, als „zu pauschal und undifferenziert“ ab.